



aus Liebe zu Deutschland

Das sind wir

**Für eine
Reformpolitik**

Eine Information von
STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN

I. Wer sind wir

STATT Partei ist ein Zusammenschluß kritisch denkender Menschen, offen für Angehörige aller Kulturen und Nationen, die in Deutschland leben.

Bürgerbewegung

Das Gemeinwohl steht für die politischen Entscheidungsträger nicht mehr im Vordergrund. Die Politiker konzentrieren sich zunehmend auf Eigeninteressen und Lobbyarbeit. Dadurch wird der Graben zwischen den 'Volksvertretern' und der Bevölkerung weiter vertieft. Die Parteien machen sich den Staat zur Beute, der Bürger wird zum Diener des Staates. Als Bürgerbewegung möchte STATT Partei dem entgegenwirken.

Eine Partei, die keine ist

Bundespolitisch können wir nur mit dem Status einer Partei Einfluß nehmen. Das bedeutet nicht, daß die Strukturen der traditionellen Parteien als Vorbild dienen. Denn gerade diese verhindern, daß die etablierten Parteien den Herausforderungen und Problemen unserer Zeit wirksam begegnen.

Ideologiefreie Politik

STATT Partei unterwirft sich keiner Ideologie, läßt sich weder 'rechts' noch 'links' einordnen. Ideologiefreie Politik ermöglicht es, über den Tellerrand zu schauen und sich die Grenzen der eigenen Kompetenz einzugestehen. Deshalb suchen und unterstützen wir auch vernünftige Lösungen außerhalb unserer Reihen.

Alternativen schaffen

Unmut und Protest führen zur Wahlverweigerung und zu Wählerstimmen für extremistische Gruppierungen. Deshalb muß es zu den etablierten Parteien auch eine demokratische Alternative geben - **STATT Partei**

II. Rückblick

Anstatt einer Partei: STATT Partei - die UNABHÄNGIGEN. Politische Selbsthilfe ist unsere Antwort auf die verkrusteten Parteistrukturen

Gründung in Hamburg

Die undemokratische Kandidatenaufstellung der CDU zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft führte 1993 zur Gründung der STATT Partei Hamburg. Die Anfechtung der Wahl ist erfolgreich, die Bürgerschaft wird aufgelöst und muß neu gewählt werden. Bei der Neuwahl zieht STATT Partei in das Parlament ein.

Aufbruch bundesweit

Dieser Erfolg führt 1994 zur bundesweiten Gründung. Inzwischen bestehen in den meisten Bundesländern Landesvereinigungen. Auf kommunaler Ebene ist STATT Partei in Städten und Gemeinden vertreten.

III. Was wir wollen

STATT Partei steht für eine Politik, die sich an den demokratischen Grundregeln unserer Verfassung orientiert. Die enge Verflechtung der etablierten Parteien mit dem Staatsapparat ist aufzulösen. Der Bürger muß direkten Einfluß auf die Politik bekommen.

Der derzeitige Verfall unserer Demokratie hat seine Ursache im Fehlen politischer Moral. Die Politik der etablierten Parteien ist nur auf den eigenen Machterhalt ausgerichtet. STATT Partei will zu einer Erneuerung und Verbesserung der politischen Kultur anregen.

Um in diesem Sinne politische Verantwortung übernehmen zu können, treten wir als Partei bei Wahlen an. Die Satzung von STATT Partei schließt einen Fraktionszwang für ihre Abgeordneten aus.

In unserem Programm formulieren wir konkrete politische Ziele und Vorschläge. Die wichtigsten sind aufgeführt:

- Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid auf allen Ebenen. Ein Volksentscheid soll auch auf parlamentarischen Beschluß möglich sein.
- Grundgesetzänderungen oder Abtretungen souveräner Rechte der BRD an multinationale Organisationen nur durch Volksentscheid.
- Gesetzliche Einschränkung der Ämterhäufung. Trennung von Amt und Mandat. Offenlegung der Nebentätigkeiten von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern.
- Wahlrechtsreform: Personenbezogene Wahl statt Listenwahl. Wählbarkeitsbeschränkung von Beamten und Personen des öffentlichen Dienstes.
- Reform des Beamtenrechts: Beamte nur in staatstragenden Funktionen, in denen Loyalität gegenüber dem Staat unabdingbar ist. Einschränkung des politischen Beamtentums (Staatssekretäre).
- Verantwortung mit Konsequenzen verbinden. Wer ein öffentliches Amt bekleidet und in führender Position Entscheidungen trifft, hat für grob fahrlässig getroffene fehlerhafte Anordnungen finanziell und rechtlich einzustehen. Steuergeldverschwendung muß nicht nur aufgedeckt, sondern wie Veruntreuung verfolgt werden.
- Steuerreform: Überschaubares und nachvollziehbares Recht schaffen. Beschränkung auf wenige Steuerarten und Zusatzregelungen. Keine willkürliche Steuerschuldsenkung und -streichung. Steuerbelastung für Arbeitnehmer und Selbständige senken.
- Abschaffen der Finanzplanwirtschaft in der Verwaltung, um einen wirtschaftlichen Umgang mit Steuergeldern zu gewährleisten. Einführung betriebswirtschaftlicher Kosten- und Leistungsrechnung.
- Reform des Parteienfinanzierungsgesetzes: Drastische Senkung der staatlichen Parteienfinanzierung.
- Trennung von Staat und Kirche. Abschaffung der Kirchensteuer. Tatsächliche Gleichstellung aller religiösen Gemeinschaften vor dem Staat. Die Ausübung von Religion ist Privatangelegenheit.
- Drastische Senkung von Subventionen.
- Abbau der Staatsverschuldung.

IV. Unsere Grundsätze

Den Grundsätzen ist unsere Bewegung bundesweit verpflichtet. Sie sind der Rahmen und die Grundlage des Handelns von STATT Partei.

1. **Transparenz** *statt* **Abschottung**

Den Bürgerinnen und Bürgern muß wieder Gelegenheit und Lust zur Beteiligung gegeben werden. Die politischen Entscheidungen müssen 'raus aus den Hinterzimmern und Kungelgruppen.

2. **Volksentscheid** *statt* **Bevormundung**

Die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheidungen ist notwendig, um Bürgerinnen und Bürgern eine stärkere politische Mitwirkung zu eröffnen.

3. **Demokratie** *statt* **Parteienfilz**

Die Parteien dürfen nicht weiter Interessensgruppen sein, die mit undemokratischen Strukturen und Praktiken die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern verhindern.

4. **Modernes Parlament** *statt* **verkrusteter Verwaltung**

Die Politik muß handlungsfähiger werden, indem sie wieder durch die Verwaltung erledigen läßt, was Verwaltungssache ist. Die Verwaltung hat die Vorgaben der Politik umzusetzen, nicht selbst Politik zu spielen.

5. **Sachentscheidung** *statt* **Fraktionszwang**

Auf die Abgeordneten darf kein Fraktionszwang ausgeübt werden. Parlamentsmandat und Führungspositionen in öffentlichen Unternehmungen oder Behörden sind unvereinbar.

6. **Fachkompetenz** *statt* **Parteibuch**

Bei der Besetzung von Regierungsämtern ist auf Kompetenz, nicht auf Parteibuch zu achten. Bei der Entsendung von Mitgliedern in öffentliche Gremien und der Besetzung von Führungspositionen in Verwaltung, Justiz und öffentlichen Unternehmen ist ebenfalls nur auf Kompetenz zu achten.

7. **Gemeinwohl fördern** *statt* **Lobbies und Ideologien pflegen**

STATT Partei will gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern politische Verantwortung übernehmen. Keine allumfassenden ideologischen Programme, sondern aufrichtiges und am Gemeinwohl orientiertes Handeln soll auf politische Veränderungen Antwort geben. STATT Partei führt das Gespräch über politische Grenzen hinweg, hinterfragt dabei eigene Positionen und läßt Minderheiten zu Wort kommen.